

„Alle sind gemeint, weil es alle angeht“

Eingliederung von Menschen mit Behinderung
soll in VG Nieder-Olm gelebter Alltag werden

Von Torben Schröder

VG NIEDER-OLM. Eine „Vorreiterrolle“ spricht Carolina Zibell von der Aktion Mensch der Verbandsgemeinde Nieder-Olm zu. Einstimmig hat sich der VG-Rat zur „Strategie Inklusion“ bekannt. Mit hauptamtlicher Koordinierungsstelle, Steuerungsgremium, verbindlicher Kooperation mit einem freien Träger und Inklusionsbüro als Anlaufstelle soll die Eingliederung von Menschen mit Behinderung zum gelebten Alltag werden. Die Prämisse, dass irgendwann die Exklusion und nicht mehr die Inklusion zu begründen sei, hat es Bürgermeister Ralph Spiegler (SPD) besonders angetan.

Projekt läuft noch
bis Ende 2022

Noch bis Ende 2022 läuft das fünfjährige Projekt „Kommune inklusiv“, das von VG, Aktion Mensch und dem Land finanziert wird. Träger ist das Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz (ZsL). Unter 129 Bewerbern wurden bundesweit fünf Modellkommunen ausgewählt. „Ich kenne keine Kommune, die so etwas auch nur im Ansatz erarbeitet hat“, lobt Projektleiterin Zibell die Teilnehmer in der VG Nieder-Olm. Denn hier hat sich ein breites Netzwerk entwickelt, um die Strukturen zu konzi-

pieren, die aus dem Modellprojekt etwas Dauerhaftes machen sollen.

„Alle sind gemeint, weil es alle angeht“, lautet einer der Grundsätze. „Nicht über uns ohne uns. Jeder Mensch spricht für sich selbst. Die Rahmenbedingungen sind die Objekte der Bearbeitung“, sind die weiteren. Diskriminierungsfreiheit und Inklusion soll zur Selbstverständlichkeit werden. Adressaten sind folglich im Grunde alle, Bürger, Entscheidungsträger, Experten. Das Strategie-Team hat eine Charta entwickelt, die in den Gemeinden verabschiedet werden könnte, als Bekenntnis und Selbstverpflichtung. Sodann gilt es, konkrete Handlungsfelder und Teilziele sowie Indikatoren für eine Evaluation zu ermitteln – und Maßnahmen umzusetzen.

Zustimmend äußerten sich alle Fraktionen. „Da nehmen wir uns einiges vor“, sagte Stefan Kneib (CDU). Eine „supergute Basis, um mit einer Strategie in die Zukunft zu gehen“, sieht Ursula Braunewell (FWG). Wenn alle Bürger betroffen sind, so Walter Strutz (FDP), müsse man sie nun auch frühzeitig mitnehmen. Die Pandemie, bekannte Spiegler, war in Sachen Einbindungen der Gemeinden, Vereine und Bürgerschaft ein Hindernis. Aber: „Adressat ist die Gesellschaft, dass die Rahmenbedingungen stimmen.“

AZ, 16.05.2022